

Vossische



Zeitung

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit
Kurszettel

Rechtsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur im Ausw. d. Handelst.: Jul. Elbau, Berlin, Unverf. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 8600 - 3665; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 - 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Echo der Kanzlerrede.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 7. März.

Der zweite Teil der Rede des Reichskanzlers ist in Paris erst spät abends bekannt geworden. Die meisten Zeitungen sind daher heute früh noch nicht in der Lage, die Erklärungen Cunos eingehend zu kommentieren. Soweit die Pariser Morgenblätter die Rede bereits besprechen, bemühen sie sich, die im ersten Teil der Rede enthaltenen Beschuldigungen flüchtig zurückzuweisen. Die meisten Zeitungen heben in Überschriften die Erklärung Cunos, daß Deutschland eine freie und ehrenhafte Verständigung wünsche, als den Kernpunkt hervor. Einige Blätter halten dagegen die Ankündigung der Fortsetzung des Widerstandes für die Hauptsache.

Der „Petit Parisien“ findet in der Rede „nichts, was nicht erwartet wurde“, und bezeichnet sie als ein „ebenso leeres, wie nichtiges Plädoyer“. Der „Matin“ stellt mit einem gewissen Bedauern fest, daß der Reichskanzler keinerlei positive Politik, weder für die Ausführung des Vertrages, noch für einen Widerstand ankündigte, und daß „die Lage daher durch diese Rede in keinem Sinne geändert werden könne“.

„Serré“ erklärt im Leitartikel der „Victoire“, Frankreich habe auf die Rede Cunos im voraus geantwortet, indem es beschlossen habe, die Heresklasse 1921 unter den Fahnen zu behalten. Wenn das deutsche Volk die Bedeutung dieses Beschlusses nicht versteht, so wolle es eben nicht verstehen. Angesichts der Haltung des Reichskanzlers könne Frankreich nichts tun, als die Aktion im Ruhrgebiet und im Rheinlande fortzusetzen.

Der „Gaulois“ bezeichnet die Rede als einen „verhüllten Appell“ zu Verhandlungen. Das Blatt hebt hervor, daß England nur eine gewollte und erwünschte Mediation in Betracht zieht. Das Blatt bemerkt dazu, trotzdem sei es wahrscheinlich, daß bald offizielle Unterhaltungen beginnen. Frankreich müsse sich darauf vorbereiten, indem es ein klares Programm ausarbeite. Berlinag erklärt im „Echo de Paris“, es hänge nur von Deutschland ab, ob die Aktion im Ruhrgebiet schrittweise wieder zu der Kontrolloperation, die am 11. Januar geplant war, zurückgeführt werde. „Deuvre“ liest aus der Rede Cunos heraus, daß der Reichskanzler selbst ohne sofortige Räumung des Ruhrgebiets zu Verhandlungen bereit wäre, vorausgesetzt, daß die spätere Räumung zugesagt werde. Das Blatt meint, der Reichstag würde gut tun, das von Cuno gestrichelte Programm gründlich zu prüfen, falls Deutschland wirklich eine vernünftige und ehrenhafte Regelung wünsche. Das „Petit Journal“ verteidigt die Ansicht, alles hänge davon ab, welche Stellung die Mehrheit des Reichstages den Erklärungen Cunos gegenüber einnehmen werde.

o London, 7. März.

Die „Times“ besprechen die Lage im Ruhrgebiet sowie die Rede Cunos und erklären, daß es am besten wäre, wenn man klar zu erkennen vermöchte, was die deutsche Regierung bezahlen wolle, wenn wieder normale Bedingungen eintreten. Verantwortungslose Erklärungen in dem Sinne, daß die Ruhrbeziehung „Deutschland von seiner Schuld und den Reparationszahlungen befreie“, könnten weder Deutschland noch sonst jemand helfen. Eine derartige Haltung werde sicher Zweifel daran erwecken, daß Deutschland den guten Willen habe zu zahlen, und werde keine Illusionen über seine Zahlungsfähigkeit aufkommen lassen.

Da Cunos Rede erkennen lasse, daß der passive Widerstand weiter andauern solle bis zu dem Augenblick, in dem Deutschland in der Lage sei, unter gleichen Bedingungen zu verhandeln, sehe man augenblicklich voraus, daß der Konflikt sich bis ins Unendliche hinziehen werde zum großen Anlaß für die zunächst beteiligten Länder, aber auch für ganz Europa. Es ist wahrscheinlich, schreibt das Blatt, daß der Versäßer Vertrag revidiert werden wird, aber dieser großen und komplizierten Operation müsse eine Diskussion auf breiter internationaler Basis vorausgehen.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird in französischen Kreisen erklärt, daß der von Marshall Foch vorbereitete Plan für eine Aktion gegen Deutschland für den Augenblick keine demonstrative Bewegung gegen München oder eine andere Provinzhauptstadt vorzieht. Die von Frankreich aufgewandten militärischen Kräfte seien gerade ausreichend, um die Ruhrbesetzung effektiv zu gestalten und die rheinischen Eisenbahnen zu beschützen. Wenn in einem späteren Stadium ein weiteres Vorrücken notwendig werden sollte, so werde dies gegen einen Punkt von großer militärischer Bedeutung geschehen, und für diesen Fall ist ein Fortmarsch gegen Hannover zum Beispiel als Zentrum der Eisenbahnverbindungen im unbefetzten Deutschland vorgesehen.

Paris, 7. März. (E. C.)

Dem „Cablegramme“ wird aus autorisierter Quelle zur Kanzlerrede erklärt, im Augenblick der Pariser Konferenz hatte Staatssekretär Bergmann gefordert, daß er von den alliierten Ministerpräsidenten empfangen werde, um ihnen einen Plan vorzulegen.

Es wurde im erwidert, daß die Ministerpräsidenten bereit seien, sich mit ihm zu besprechen. Vorher müsse aber der Plan schriftlich vorgelegt werden. Bergmann antwortete nicht und die Zusammenkunft habe nicht stattgefunden.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer hatte eine Besprechung zwischen Poincaré und Stinnes und einem anderen Industriellen des Ruhrgebiets angeregt. Es sollte ein Vorschlag gemacht werden,

den, der sich auf den Austausch lothringischer Erze gegen Kohle und Roks aus dem Ruhrgebiet bezog. Poincaré erklärte sich zu dieser Zusammenkunft bereit, forderte aber, daß dieser Austausch nur zugunsten der Reparationen erfolge. Später habe man nichts mehr von Dr. Mayer gehört und auch nichts von Stinnes, und die Angelegenheit hatte keinen weiteren Fortgang.

Butschversuch in München bereitet.

Selbstmord eines Beteiligten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

rh München, 7. März.

Erst heute wird bekannt, daß ein Komplott auf gewaltsame Aenderung der bayerischen Verfassung vor einer Reihe von Tagen von den Behörden aufgedeckt und vereitelt worden ist. Amtlich wird darüber die folgende Darstellung ausgegeben:

An amtlicher Stelle ist Ende Februar bekannt geworden, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, die außerhalb der politischen Welt stehen, den Beschluß gefaßt hatten, in aller nächster Zeit eine gewaltsame Veränderung der bayerischen Verfassung herbeizuführen. Bisher wurden 15 Verhaftungen vorgenommen und sieben Personen dem Richter übergeben, die übrigen wurden nach Feststellung des Sachverhalts wieder aus der Haft entlassen. Die Hauptbeteiligten sind der Prof. Fuchs, der Kapellmeister Hugo Machhaus, beide aus München.

In der Hochverratsaffäre Machhaus und Genossen wurde am Mittwoch, 28. Februar, auch Rechtsrat a. D. Dr. Ruehles festgenommen, jedoch nach einigen Stun-

den wegen Mangels an Beweismaterial wieder entlassen. Dr. Ruehles hat sich gestern in seiner Villa erschossen.

Die Hauptbeteiligten sind der Professor Georg Fuchs und der Schriftsteller und Kapellmeister Machhaus. Die ganze Angelegenheit wird von den Behörden ziemlich geheimnisvoll behandelt, genaueres ist vorerst nicht in Erfahrung zu bringen. Sehr eigenartig ist es, daß die beteiligten Persönlichkeiten ihren politischen Anschauungen nach keineswegs konform gehen.

Dr. Ruehles war früher Rechtsrat der Stadt München, wo er namentlich als Straßenbahnreferent und in den Fremdenverkehrsvereinen hervortrat. Nach seiner Pensionierung als Rechtsrat war er Syndikus der Vereinigung Münchener Kohlen- und Großhändler. Verheiratet ist er mit einer Schwester des Grafen Bothmer. Diese Verwandtschaft mit dem Königs-macher Grafen Bothmer läßt den Schluß zu, daß er, der früher den Nationalliberalen zugerechnet wurde, sich nunmehr Bothmer-schen Ideen zugewandt habe, die bekanntlich die Schaffung einer süddeutschen Monarchie unter Trennung vom Reiche als Ziel hatten. Fuchs, der während der Münchener Gewerbeschau Regisseur des Künstler-Theaters war und der sonst wenig bekannte Kapellmeister Machhaus sollen Herrn von Rahr und den vaterländischen Verbänden nahe stehen.

Vorrücken gegen Karlsruhe.

Neue Befestigungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

v Karlsruhe, 7. März.

Im Laufe des heutigen Vormittages haben die Franzosen das Zollamt in Magau und die an der Gannanie Magau-Karlsruhe gelegene Gemeinde Anielingen besetzt. Die Besetzung von Magau erfolgte durch 50 Marokkaner, die im Wartesaal des Bahnhofsgebäudes von Magau untergebracht wurden. In Anielingen sind 100 Franzosen mit drei Offizieren eingerückt, die in der Turnhalle Quartier genommen haben. Auf die Anforderung eines französischen Offiziers, daß der Bürgermeister von Anielingen zu Verhandlungen auf die Straße kommen solle, wurde erwidert, der Bürgermeister sei auf seinem Amtszimmer zu sprechen. Die Franzosen suchten darauf den Bürgermeister in seinem Amtszimmer auf und sie verlangten, daß er mit ihnen im Orte Quartier suche. Um die Interessen der Gemeinde zu wahren, erklärte sich der Bürgermeister hierzu bereit.

Anielingen liegt nordöstlich von Karlsruhe zwischen Magau und Karlsruhe, und außerhalb, aber dicht nördlich der Hafenzone. Es handelt sich bei dieser neuen Befestigung offenbar um eine Erweiterung der französischen Zollgrenze. Die Kontrolle des Rheinfahrs in Anielingen ist streng. Es liegt dort noch Holz in größeren Mengen, das meistens Holländern gehören soll.

Aufhebung des Urteils gegen Schäfer

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

C. M. S. Essen, 7. März.

Die vom Militärgericht in Bredeken gegen den Bürgermeister von Essen Schäfer und den Syndikus des Verbandes des Einzelhandels, Dr. Gynlenz, ergangenen Urteile auf zwei Jahre Gefängnis und mehrere Millionen Mark Geldstrafe sind vom Kriegsgericht in Mainz als Revisionsinstanz aufgehoben worden. Es handelt sich um einen Formfehler, den die zweite Instanz als genügenden Revisionsgrund anerkannt hat. Die Sachen sind an das Kriegsgericht in Reddinghausen verwiesen worden, wo in der kommenden Woche erneut die Verhandlungen stattfinden werden.

Gegen den Polizeibeamten der Stadt Essen, Bostorf, der, wie gemeldet, vor einigen Tagen mit seiner Frau in seiner Wohnung verhaftet wurde, ist verhandelt worden. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß Frau Bostorf französischen Soldaten, die Einlaß in

ihre Privathäuser verlangt hatten — angeblich, um an der Fernsprecheitung etwas für die Franzosen anzulegen —, den Zutritt verweigerte. Frau Bostorf sollte, wie erinnerlich, verhaftet werden, aber der Beigeordnete Bostorf trat für seine Frau ein, und so wurde er an ihrer Stelle festgenommen. Das Gericht sprach den Beigeordneten frei, dagegen wurde Frau Bostorf zu 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte, daß bis zur Bezahlung der Geldstrafe der freigekommene Ehemann in Haft verbleiben sollte; das Gericht hat aber diesem Antrage nicht stattgegeben.

Der Krieg gegen die Eisenbahner.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Karlsruhe, 7. März.

In Offenburg haben die Franzosen bei mehreren Eisenbahnbeamten Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei sie vor allem auf Altkarten, Stellwerklpläne und Lohnverrechnungen aus waren. Gestern Abend haben die Franzosen auf der Strecke Rehl-Legeshurst das dort noch diensttunende deutsche Eisenbahnpersonal vertrieben, da es sich weigerte, unter französischem Befehl zu arbeiten. Aus der Pfalz kommen 1300 Eisenbahnerfamilien nach Mannheim, die ihre Wohnungen auf Befehl der Franzosen bis zum 8. März räumen müssen.

Im widerrechtlich besetzten Gebiet lassen die Franzosen jetzt ein eigenes Blatt erscheinen unter dem Titel „Nachrichtendienst“. Es wird in Düsseldorf gedruckt und enthält Veröffentlichungen über die Beschlagnahme von Eisenbahnmaterial und über Befestigungen, ferner Entgegnungen auf Erklärungen der deutschen Regierung usw. In den Städten bringen die Franzosen das Blatt auf großen Tafeln zum Aushang.

Hoover über die Ruhraktion.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

c London, 7. März.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus New York gemeldet: Zahlreiche Klagen sind wegen der Ruhrblockade eingelaufen, die den amerikanischen Handel schädige, sowohl in bezug auf die Einfuhr, als auch auf die Ausfuhr. Der Staatssekretär des Handelsministeriums, Hoover, erklärte gestern, daß diese Situation das Resultat der Verwirrung sein müsse, die aus der französischen Befestigung sich ergebe, und sie nicht einer absichtlichen Obstruktionspolitik der französischen Regierung entspringe. Im Handelsministerium sowie beim Staatsdepartement sind zahlreiche Proteste eingelaufen gegen die Behinderung des Trans-